L I T E R A T U R

Buchbesprechungen

Calliess, Christian/Ruffert, Matthias (Hrsg.): Kommentar zu EU-Vertrag und EG-Vertrag. Neuwied: Luchterhand 1999. XXVIII, 2362 S.

Mit dem vorliegend zu besprechenden Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EUV/EGV) liegt eine erste umfassende Neukommentierung des EU-Vertrages und des EG-Vertrages in der Fassung des Amsterdamer Vertrages vor. Hält man sich vor Augen, daß die beiden anderen deutschen Standardkommentare zum Gemeinschaftsrecht nach wie vor – zumindest im wesentlichen – den Stand des Gemeinschaftsrechts nach dem Maastrichter Vertrag kommentieren, gebührt den Herausgebern und Autoren des vorliegenden Kommentars – jüngere deutsche Europarechtler, die zum großen Teil an deutschen Universitäten, zum Teil aber auch bei der Kommission oder in deutschen Ministerien arbeiten – allein schon aus diesem Grund Dank und Respekt.

Es würde den Rahmen der vorliegenden Besprechung sprengen, auf die Kommentierung aller Bestimmungen durch die insgesamt 26 Bearbeiter im einzelnen einzugehen. Auffällig ist aber, daß es nicht in jedem Fall gelungen ist, Widersprüche zwischen den einzelnen Bearbeitern zu vermeiden. So wird etwa bei Art. 11 EUV, Rn. 1 davon gesprochen, daß der Europäischen Union auch noch nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages die Völkerrechtsfähigkeit fehle (so zutreffend dort Cremer). Andererseits spricht Wichard (Art. 1 EGV, Rn. 13) davon, „daß die EU nunmehr alle Voraussetzungen der Rechtspersönlichkeit erfüllt“. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Vorwort der Herausgeber, welches davon spricht, daß die einzelnen Kommentierungen aufeinander abgestimmt wurden.

Alle Kernbestimmungen des Gemeinschaftsrechts, so etwa die Bestimmungen über die Grundfreiheiten, werden jeweils präzise und umfanglich kommentiert, wobei insbesondere auch die Rechtsprechung des EuGH in ausreichendem Maße gewürdigt und dokumentiert wird.

Das Werk verfügt über ein Bearbeiterverzeichnis, ein Abkürzungsverzeichnis, eine Synopse zum Vertragstext des EU- und des EG-Vertrages nach dem Stand des Maastrichter Vertrages (welche dankenswerterweise auch als herausnehmbare Tabelle beigelegt wurde), sowie ein relativ umfangliches Sachregister (bei dem gleichwohl einige Stichworte zu vermissen sind, so etwa das Stichwort Lomé). Es wäre darüber hinaus zu wünschen gewesen, wenn jeder einzelnen Kommentierung neben einer Inhaltsübersicht auch eine (zumindest teilweise) Bibliographie vorangestellt worden wäre. Immerhin überzeugt der Fußnotenapparat aber durch eine durchgängig umfassende Literaturlauswertung.

Alles in allem läßt sich sagen, daß der neue Kommentar eine bislang bestehende empfindliche Lücke geschlossen hat. Er wird in vollem Umfang dem Anspruch gerecht, den er sich selbst gestellt hat, nämlich in einem Band sowohl wissenschaftlichen Ansprüchen zu

<http://www.zaoerv.de>

genügen, als auch dem Rechtsanwender in der täglichen Praxis ein hilfreiches Instrument an die Hand zu geben. Ob man allerdings angesichts der knapp 2400 Seiten noch von einem handlichen Band sprechen kann, läßt sich bezweifeln. Abschließend mag man hoffen, daß zum einen es dem Team aus Herausgebern und Autoren auch in Zukunft gelingen möge, stets mit Neuauflagen auf der Höhe der Zeit zu bleiben und daß andererseits auch die Herausgeber der beiden Großkommentare auf absehbare Zeit ihre jeweiligen Kommentare auf den Stand des Amsterdamer Vertrages bringen mögen.

Andreas Zimmermann, Heidelberg/Regensburg

Doehring, Karl: Völkerrecht. Heidelberg: C.F. Müller (1999). XIX, 541 Seiten. DM 138.-/öS 1007.-/sFr 122.-

Das moderne Völkerrecht hat, so mag es vielen scheinen, mit dem klassischen Völkerrecht, das bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die Rechtsbeziehungen der Staaten nur unvollkommen regelte, nicht mehr allzuviel gemein. Die Wandlung von einem Recht der Koexistenz zu einem Recht der Kooperation und Koordination, hinreichend belegt durch eine in ihrer Detailliertheit bis dahin für nicht möglich gehaltene Kodifikation zahlreicher Sachbereiche, ist zu offensichtlich, als daß man glauben könnte, den "alten" Normen und dem damit einhergehenden Normverständnis komme heute überhaupt noch eine Bedeutung für die internationalen Rechtsbeziehungen zu. Die Staaten mußten sich in der Tat der Erkenntnis beugen, daß in einer immer enger werdenden Welt ein Festhalten an ihrer Souveränität allenfalls noch eingeschränkt möglich ist. Ehemals sicher dem Bereich der inneren Angelegenheiten zuzuordnende und damit dem Völkerrecht entzogene Bereiche werden zunehmend von Normen dieser Rechtsordnung durchdrungen. Dies gilt, um nur einige Beispiele zu nennen, für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ebenso wie für den Schutz der Umwelt oder den Individualschutz. Eine Liberalisierung des Welthandels und die dadurch erhoffte Stärkung der Volkswirtschaften läßt sich ebensowenig im nationalen Alleingang bewerkstelligen wie etwa die Reinhaltung von Luft und Wasser. Die Menschenrechte des Staatsvolkes sind – sieht man von entsprechenden Rechtspflichten einmal ab – schon aus dem Grunde nicht mehr ausschließlicher Gegenstand der sogenannten "inneren Angelegenheiten", weil ihre Mißachtung weitaus schneller bekannt wird als noch vor wenigen Jahrzehnten und die Bevölkerung über die Medien sehr wohl darüber unterrichtet ist, wie es sich mit dem Individualschutz in anderen Staaten verhält. Nun mögen einige Staaten immer noch eine gewisse Zurückhaltung üben und sich dem Inkraftsetzen bestimmter völkerrechtlicher Verträge widersetzen, insbesondere wenn damit die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation oder gar die Anerkennung der Zuständigkeit eines internationalen Gerichts einhergehen. Sie werden sich aber immer nur in bezug auf einzelne Materien der völkerrechtlichen Bindung zu entziehen suchen. Da sie in bezug auf andere Sachbereiche von der Notwendigkeit etwa des Abschlusses eines Vertrages überzeugt sind – oder sich entsprechendem Druck auf Dauer nicht entziehen können –, werden sie jedenfalls so zur Ausweitung völkerrechtlicher Spezialgebiete beitragen.

Da die Staaten mithin zunehmend in immer komplexer werdende Rechtsstrukturen eingebunden sind, ist die Herausbildung völkerrechtlicher Spezialgebiete im großen und ganzen zu begrüßen. Sie hat indes auch ihre Schattenseiten. Zum einen besteht das Völkerrecht heute aus derart vielen und komplexen Sachbereichen, daß es selbst den Völkerrechtlern, die in der glücklichen Lage sind, sich ausschließlich mit den internationalen Rechtsbeziehungen befassen zu dürfen, nahezu unmöglich ist, mit der Rechtsentwicklung

<http://www.zaoerv.de>

Schritt zu halten. Wer ist schon imstande, über das internationale Secrecht ebenso sachkundig und erschöpfend Auskunft zu geben wie über das Wirtschafts-, das Umwelt- und Luftrecht sowie über das Völkerstrafrecht und das humanitäre Völkerrecht? Hinzu kommt, daß diese Spezialgebiete häufig hochtechnische Regelungen vorhalten, deren Verständnis mitunter besondere Kenntnisse in anderen Disziplinen voraussetzt. Zum anderen haben diese Spezialgebiete in vielfacher Hinsicht begonnen, ein Eigenleben zu führen, das dem Völkerrecht keineswegs immer förderlich ist. Diese Partikularisierung rührt zweifellos auch daher, daß es sich eben um sachlich eng begrenzte Materien handelt, die nur einem vergleichsweise kleinen Interessentenkreis zugänglich sind. Ihrer nehmen sich indes nicht allein die Staaten und die Völkerrechtswissenschaft, sondern auch eine Vielzahl von nicht-staatlichen Akteuren und Interessengruppen an. Besonders auffällig ist dies bei jenen Sachgebieten, in denen sich die NGOs engagieren. Nicht selten werden sie, wie etwa die Menschenrechte und das Umweltvölkerrecht mehr als deutlich vor Augen führen, von diesen (privaten) Interessengruppen geradezu okkupiert. Man mag diese Entwicklung begrüßen, da nicht allein der Rechtserzeugungsprozeß transparenter geworden ist, sondern auch Rechtsverstöße sehr viel schneller an das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Freilich darf das durchaus beachtliche Engagement und Wirken dieser Gruppen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ihnen nicht selten an der erforderlichen völkerrechtlichen Expertise mangelt. So werden Rechtsverstöße behauptet und zum Teil in den Medien verbreitet, obgleich bereits eine oberflächliche juristische Analyse zu einem gegenteiligen Ergebnis führen würde. Besonders nachteilig ist es aber, wenn – aus welchen Gründen und Motiven auch immer – die Existenz eines Rechtssatzes lediglich behauptet wird. Rechtspolitische Forderungen werden so in den Stand geltender Rechtsnormen erhoben, obgleich weder ein Vertrag existiert noch eine entsprechende Norm des Gewohnheitsrechts nachweisbar ist. Auch dies trägt zu dem erwähnten Eigenleben der Spezialgebiete bei. Da aber zugleich die Grundlagen des Völkerrechts, der Geltungsgrund, die Völkerrechtssubjektivität sowie die Rechtsquellenlehre geflissentlich außen vor gelassen werden, läuft das Völkerrecht Gefahr, nicht nur von der interessierten Öffentlichkeit, sondern selbst von den Staaten immer weniger ernstgenommen zu werden. Seine befriedende Funktion wird es dann schwerlich erfüllen können. Vielmehr wird es, insbesondere wenn angesichts der fortschreitenden Spezialisierung auch die Völkerrechtswissenschaft die dogmatischen Grundlagen aus den Augen verlore, in immer stärkerem Maße zur Befriedigung von Partikularinteressen mißbraucht werden.

Die soeben skizzierte Entwicklung macht es zunehmend schwierig, eine umfassende Darstellung des modernen Völkerrechts zu präsentieren. Zumindest – so schien es bislang – ist dies nicht mehr von einem Einzelnen zu bewerkstelligen. Die aus einer Hand stammenden, großen Lehrbücher des Völkerrechts, wie etwa von *Berber* oder *Dahm*, gehörten augenscheinlich der Vergangenheit an. Lediglich zwei oder mehrere Autoren glaubten, sich dieser Aufgabe stellen zu können, so daß es sich bei den Veröffentlichungen der vergangenen Jahre – sieht man von den sehr nützlichen Einführungen ab – um Gemeinschaftswerke gehandelt hat. Gleichwohl überrascht es nicht, wenn nunmehr *Karl Dohring* ein Lehrbuch des Völkerrechts veröffentlicht. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung als Lehrer und Wissenschaftler, dessen Urteil im Kollegenkreis ebenso geachtet und geschätzt wird wie seitens der Politik, war es wohl ihm vorbehalten, die Reihe der wahrhaft großen völkerrechtlichen Publikationen deutscher Sprache um einen Glanzpunkt zu ergänzen.

<http://www.zaoerv.de>

Das Werk wird in jeder Hinsicht den Anforderungen an eine Gesamtdarstellung des modernen Völkerrechts gerecht. Gleichviel, um welchen Sachbereich es sich handelt, der Suchende findet auf seine Fragen eine erschöpfende und vor allem eindeutige Antwort. Dabei läßt es sich Karl Doehring nicht nehmen, in erfrischender Klarheit auch zu aktuellen Fragen der internationalen Rechtsbeziehungen Stellung zu beziehen. Dies gilt für das Recht der Vereinten Nationen (§ 7) ebenso wie für das See- und Wasserrecht (§ 9), das Luft- und Weltraumrecht (§ 10), das Kriegsrecht (§ 11), das Selbstbestimmungsrecht der Völker (§ 15), die Menschenrechte (§ 20), das internationale Strafrecht (§ 23) sowie für das Umwelt- (§ 24) und Wirtschaftsvölkerrecht (§ 25) oder die Durchsetzung des Völkerrechts (§ 21). Selbstverständlich werden auch die "klassischen" Themen – Organe des völkerrechtlichen Verkehrs (§ 8), Immunitäten (§ 12), Völkerrecht und innerstaatliches Recht (§ 13), Selbsterhaltungsrecht der Staaten (§ 14), Herrschaftsbereich der Staaten (§ 16), Staatenverantwortlichkeit (§ 17), Fremdenrecht (§ 18), Anerkennung (§ 19) und Streitbeilegung (§ 22) – umfassend und mit Bezügen zur Aktualität dargestellt. Bereits hieraus erschließt sich der unermessliche Nutzen für jeden, der sich beruflich oder aus persönlichem Interesse mit dem Völkerrecht befaßt. Dabei kommt die stets klare Diktion gerade den Bedürfnissen der Studierenden, auch wenn sie sich dem Völkerrecht erst zuzuwenden begonnen haben, in besonderem Maße entgegen. Sehr hilfreich sind zudem die durch ein übersichtliches Sachregister ergänzten Randziffern sowie die optischen Hervorhebungen im Text. Die zahlreichen Nachweise in den Fußnoten sind auf dem neuesten Stand und ermöglichen dem Leser, falls gewünscht, eine Vertiefung der jeweiligen Materie.

Was die vorliegende Publikation indes von den großen, auch älteren, Lehrbüchern des Völkerrechts unterscheidet und deutlich abhebt, sind die einleitenden Abschnitte zum Geltungsgrund und Geltungsbereich (§ 1), zu den Inhabern von Rechten und Pflichten (§ 2) sowie zu den Rechtsquellen (§§ 3–6). Diese nahezu 180 Seiten können getrost als das Herzstück dieses bereits heute zu den Standardwerken zählenden, 541 Seiten umfassenden, Lehrbuchs bezeichnet werden. Ausweislich der Darlegungen in seinem Vorwort ist es das Anliegen Doehring's und damit der Zweck dieser Gesamtdarstellung des Völkerrechts, "das rechtliche Fundament zu klären, das alle partiellen Ordnungen verbindet, und dann zum einen, den Spezialordnungen ihren Platz in der Gesamtrechtsordnung zuzuweisen, und zum anderen, ihnen die Hilfe zu leisten, derer sie bedürfen, wenn sie sich bewähren sollen." Es geht mithin weniger um eine Beschreibung der historischen Entwicklung, denn um eine Erläuterung des Völkerrechts im Sinne einer Lehre von seinen Institutionen. Doehring sieht – und wer wollte ihm angesichts der oben skizzierten Partikularisierung und ihrer Folgen widersprechen – in den die konkreten Staatenbeziehungen überwölbenden Institutionen des Völkerrechts "Fundament und Klammer eines immer intensiver und immer stärker in sich verflochtenen Völkerrechtssystems", dessen Lücken in der Tat nur unter Rückgriff auf die gefestigten Institutionen geschlossen werden können. Diese Demonstration ist das Ziel des insoweit durchaus einen innovativen Ansatz verfolgenden Doehring'schen Lehrbuchs, das er mit der ihm eigenen Virtuosität, Übersicht und Klarheit in jeder Hinsicht erreicht.

Bereits die allgemeinen rechtstheoretischen Betrachtungen zum Geltungsgrund und Geltungsbereich des Völkerrechts geben dafür beredten Beleg. Ungeachtet aller dogmatischen Irrungen und Wirrungen der Völkerrechtstheorie, mit denen er sich sehr wohl auseinandersetzt, gelangt Doehring zu der rein pragmatischen Feststellung, daß "Recht unter Staaten und also Völkerrecht gilt, weil es angewendet wird". Da es weder dem

Naturrecht noch sonstigen Erklärungsversuchen bislang gelungen ist, nachzuweisen, daß die Verbindlichkeit des Völkerrechts in ihm selbst oder anderswo begründet liegt, erteilt Doehring jedem weiteren Begründungsversuch für die Geltung des Völkerrechts zu Recht eine Absage. Völkerrecht, und das ist nicht allein dem Studierenden möglichst frühzeitig und immer wieder vor Augen zu führen, besteht allein aus den von den Völkerrechtssubjekten angewendeten Regeln. Nur solange die Staaten sich ihnen gemäß verhalten oder auf sie berufen, "gilt" Völkerrecht und entfaltet seine Bindungswirkungen. Damit wird zugleich klargestellt, daß Normen, die in der Rechtspraxis nicht als "geltend" behandelt werden, allein dem Bereich der (rechts-)politischen Forderungen zuzuordnen sind. Kommen die Staaten aber überein, diesen Forderungen nachzugeben und bestimmte Regeln durch andere zu ersetzen, so wird, wie das Beispiel der Rettung eigener und befreiteter Staatsangehöriger aus Notsituationen im Ausland verdeutlicht, aus einem ehemals klaren Völkerrechtsbruch ein völkerrechtmäßiges Verhalten.

In ebenso erfreulicher Klarheit nimmt Doehring zur Erstreckung der Bindungswirkung des Völkerrechts Stellung. Es sind die Staaten, die das Völkerrecht erzeugen, die daran gebunden sind, denen es Pflichten auferlegt und Rechte verleiht. Sie ernannten sich selbst zu Rechtsinhabern und konzidierten dies jedem anderen Gebilde, das die Merkmale eines Staates im Sinne des Völkerrechts erfüllt. Dieser Staatsbegriff kann nicht – wie Doehring später zu Recht hervorhebt – irgendeiner Verfassungsauffassung entnommen werden. Mag die Dreielementenlehre auch als zu vereinfachend, unzureichend oder den modernen Bedürfnissen nicht mehr gerecht werdend kritisiert werden, solange die Grundstruktur des Völkerrechts sich nicht wandelt, wird keine andere Definition gefunden werden können. Sind aber die Staaten (immer noch) die "geborenen" Subjekte des Völkerrechts, so bestimmen allein sie über die Rechtspersönlichkeit internationaler Organisationen, so daß auch die Bindungswirkung ihrer Beschlüsse letztlich wieder auf die Staaten zurückzuführen ist. Ebenso ist es nach Doehring ein bloßer Glaubenssatz, daß die Menschenrechte vorstaatlich und – analog – vorvölkerrechtlich seien. Dies schließt freilich nicht aus, daß bestimmte Menschenrechte nicht mehr zur Disposition der Staaten stehen. Der Grund dafür liegt indes weder im Naturrecht noch in einer sonstwie begründeten Annahme einer dem Völkerrecht vorgegebenen Ordnung, sondern allein in der entsprechenden Anerkennung durch die Staaten als Normen des zwingenden Völkerrechts.

Das Werk Doehrings ist mithin ausweislich seiner Zielsetzung keine detaillierte Darstellung der mittlerweile nicht mehr überschaubaren Normenvielfalt völkerrechtlicher Spezialgebiete oder ihrer Entstehungsgeschichte. Wenngleich dem Studierenden auch insoweit alles Notwendige an die Hand gegeben wird und auch der Fortgeschrittene stets gut beraten sein wird, zunächst "den Doehring" zu Rate zu ziehen, stehen vielmehr die diese Spezialgebiete verklammernden Institutionen des Völkerrechts im Vordergrund. Sie sind der rote Faden, der das gesamte Werk durchzieht und seinen besonderen Charakter ausmacht. Erst die Kenntnis der Institutionen ermöglicht dem Studierenden ein Verständnis des Erzeugungs- und Anwendungsprozesses völkerrechtlicher Normen. Allein die Institutionen bieten zudem eine Garantie für die fortdauernde Effektivität und für den Bestand einer Rechtsordnung, der gegenwärtig mehr als 190 Staaten unterworfen sind. Die Staaten, die auf lange Sicht die bedeutendsten Akteure der internationalen Rechtsbeziehungen bleiben werden, können die gegenwärtigen und künftigen globalen Probleme mit den ihnen allein zur Verfügung stehenden Mitteln des Völkerrechts nur lösen, wenn sie sich ungeachtet aller kulturellen, politischen oder wirtschaftlichen Unterschiede stets der Institutionen

nen dieser Rechtsordnung bewußt sind. Das durchweg gelungene und wärmstens zu empfehlende Lehrbuch des Völkerrechts von Karl D o e h r i n g leistet auch dazu einen kaum zu überschätzenden Beitrag. Nachfolgende Publikationen werden sich an ihm messen lassen müssen.

Wolff Heintschel v. Heinegg, Augsburg

Esteve-Pardo, José: Técnica, riesgo y Derecho. Tratamiento del riesgo tecnológico en el Derecho ambiental. Barcelona: Ariel 1999. 222 S.

Das angezeigte Buch ist vor dem Hintergrund des spanischen Industriegesetzes von 1992 zu sehen, welches das System der staatlichen Sicherheitskontrolle im spanischen Umweltrecht grundlegend verändert hat, um den Anforderungen des europäischen Gemeinschaftsrechts gerecht zu werden. Dieser Paradigmenwechsel manifestiert sich in Regelungen zur Kooperation von Staat und Privaten, wie Vorschriften zur technischen Normung und Zertifizierung einerseits und in der Einführung des Vorsorgeprinzips andererseits. Auf der Grundlage dieser neuen Strukturen des spanischen Umweltrechts beschäftigt sich die Monographie von José Esteve-Pardo, Professor an der Universität Gerona, mit dem Verhältnis von Technik und Recht.

In einem ersten, einleitenden Kapitel zeichnet der Autor im Rahmen eines historischen Abrisses die Entwicklung des Verhältnisses von Technik und Recht nach und konstatiert eine zunehmende Distanz, die er in der Begrenztheit des Rechts angesichts der zunehmenden technischen Komplexität begründet sieht. Als daraus resultierende Problemfelder nennt Esteve-Pardo die zunehmende Verweisung auf technische Normen als Mittel der Gesetzgebung, die Heranziehung externen Sachverständigen im Rahmen von komplexen Verwaltungsentscheidungen aufgrund mangelnden Fachpersonals in der Verwaltung und die Abhängigkeit der Gerichte von Sachverständigengutachten. In all diesen Entscheidungsprozessen seien die technischen Spezialisten, nicht die Juristen die Protagonisten. Daraus resultiere letztendlich das Problem, daß die verfassungsrechtlich in der Pflicht stehenden Organe ihre Verantwortung auf Experten übertragen, die lediglich durch ihre wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse legitimiert seien.

Das zweite Kapitel ist der veränderten Rolle der Verwaltung gewidmet, die dadurch gekennzeichnet sei, daß sie sich zunehmend von der klassischen Funktion der Gefahrenabwehr der präventiven Risikovorsorge zuwenden müsse. In einem ersten Schritt wird das Eindringen von Elementen privater Kontrolle in das Monopol staatlicher Verwaltung beleuchtet, welches auf die rasante technische Entwicklung und die zunehmende Komplexität zurückzuführen sei. Sodann stellt Esteve-Pardo die Überwindung des staatlichen Kontroll- und Überwachungssystems unter zwei Gesichtspunkten dar. Zum einen stelle die Beurteilung von Risiken, beispielsweise der Kerntechnik und der Biotechnologie, keine Verwaltungs-, sondern eine politische Entscheidung dar. Zum anderen werde das Verhältnis von Staat und Gesellschaft durch die wachsende Bedeutung privat gesteuerter Systeme, wie Selbstkontrolle und Selbstregulierung, neu bestimmt. Die Gesellschaft übernehme den Schutz des öffentlichen Interesses zunehmend selbst. In einem dritten Schritt beschreibt der Verfasser die neuartigen, an den Erfordernissen der Risikovorsorge ausgerichteten rechtlichen Instrumente, die sich im Zuge der Umprogrammierung der Verwaltungsaufgaben entwickelt haben.

Thema des dritten Kapitels sind die Bemühungen der Rechtsordnung, Mechanismen einzurichten, die Risiken – vor einer eventuellen, Schaden verursachenden Aktualisierung – erfassen und bewerten sollen. Hinsichtlich der verfahrensrechtlichen Seite geht der Autor

<http://www.zaoerv.de>

auf die zunehmende Inkorporierung technischer Prüfungen in staatliche Genehmigungsverfahren ein, die das Ziel der Risikoermittlung und -vorsorge verfolgten, und betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der staatlichen Genehmigungsverfahren für die Steuerung von technischen Risiken. Im Rahmen der Erörterung der risikosteuernden Mechanismen auf der materiell-rechtlichen Ebene thematisiert *Esteve-Pardo* die Technik Klausel. Die eingeforderte Anpassung von Anlagen an den Stand der Technik mit ihrem dynamischen Charakter bedeute die Überwindung des positiven Rechts durch den technischen Fortschritt. Die Technik Klausel stelle nicht lediglich einen gesetzgeberischen Verweis dar, sondern implementiere einen unbestimmten Rechtsbegriff; dessen Konkretisierung außerhalb der traditionellen Rechtsetzungsmethoden stattfinde. An diesem Punkt angelangt, sei es notwendig zu analysieren, wie von seiten der Rechtsordnung ein Gleichgewicht hergestellt werden könne, das die betroffenen Interessen vor einem Überborden der technischen Entwicklung schützen könne.

Zu diesem Zweck lenkt der Verfasser seinen Blick im vierten Kapitel auf das System der Risikokontrolle. Hierbei geht die Studie von der spanischen Rechtslage aus, die vom europäischen Gemeinschaftsrecht stark beeinflusst ist. Die spanische Rechtsordnung sehe zwei Wege zur Risikosteuerung bei Industrieanlagen vor. Der erste bestehe aus einer gesetzlich vorgeschriebenen, strikten Sicherheitsanforderung an Industrieanlagen, die den Schutz der Umwelt ausdrücklich mit einbeziehe. Der zweite beinhalte Elemente der freiwilligen Selbstkontrolle, die, wie z. B. das System des Öko-Audits, den Informationsstand bzgl. umweltrelevanter Daten von Industrieanlagen verbesserten. Der Autor stellt im folgenden drei Modelle vor, die auf unterschiedliche Art das Verhältnis von Staat und Technik regeln (S. 113 ff.). Erstens das französische Modell, das auch in Spanien stark ausgeprägt sei und sich dadurch auszeichne, daß der Staat durch verbeamtete Ingenieure die Kontrolle der Technik gewährleiste. Zweitens, als Gegensatz zum französischen Modell, das englische Modell, das auf dem Weg der Privatisierung der staatlichen Technikkontrolle schon sehr weit vorangeschritten sei. Und schließlich drittens das deutsche Modell, welches quasi als Mittelweg zwischen französischem und englischem Modell neben der behördlichen Überwachung die betriebliche Eigenüberwachung vorsehe, bei der Ingenieure der Technischen Überwachungsvereine als Beliehene eingebunden seien. Von diesen drei Modellen ausgehend untersucht *Esteve-Pardo*, bei welchen Modellen das Europarecht in welchem Ausmaß Anleihen genommen hat. Diesbezüglich konstatiert er, daß insbesondere Elemente des deutschen und des englischen Modells vom Europarecht rezipiert worden seien. Hinsichtlich der Sicherheitskontrollen weist er einen erheblichen Einfluß des deutschen Modells mit seinen Elementen der Selbstkontrolle der Betreiber nach, wohingegen sich z. B. beim System des Öko-Audits der Einfluß des englischen Modells manifestiere. Insgesamt wird deutlich, daß das Europarecht in diesem Regelungsfeld ein Konglomerat aus Bestandteilen der verschiedenen nationalen Rechtsordnungen darstellt. Resümierend stellt *Esteve-Pardo* fest, daß die direkte staatliche Kontrolle von technischen Risiken im Verhältnis zur Kontrolle durch Kooperation mit Privaten immer weiter an Bedeutung verliere; die wachsende Ohnmacht des Staates gegenüber der rapiden Fortentwicklung der Technik werde von der Tendenz einer stetigen Ausweitung der Selbstregulierung begleitet. Auf diese Weise entstehe ein "Technikregime", welches von privaten Fundamenten getragen werde und dessen Legitimation zum einen auf der wissenschaftlich-technischen Kenntnis der die Kontrollaufgaben wahrnehmenden Privaten, zum anderen auf der öffentlichen Anerkennung dieser übertragenen Kontrollfunktionen beruhe.

Die Bestimmung der Trennlinie zwischen erlaubtem und nicht erlaubtem Risiko durch technische Normen ist Gegenstand des fünften Kapitels. Nach einer kurzen Beschreibung ihrer Entstehung und einer Typologisierung hebt *Esteve-Pardo* die hermeneutische Funktion der technischen Normen hervor: In bestimmten technischen Bereichen präzisieren und interpretieren sie den in Gesetzen durch unbestimmte Rechtsbegriffe grob abgesteckten Rahmen in Form eines antizipierten Sachverständigengutachtens. Hierbei weist er darauf hin, daß in Anbetracht des extensiven Rückgriffs auf technische Normen als Mittel der rechtlichen Bewältigung der sich ständig verändernden technischen Realität zwei Überlegungen angezeigt seien. Zwar sei einerseits eine vollständige Verrechtlichung der technischen Normen nicht anzustreben, andererseits sei es aber auch nicht hinnehmbar, die Einflußmöglichkeiten von technischen Gremien zu Lasten der demokratisch legitimierten politischen Instanzen immer weiter auszuweiten. Nach einem Exkurs über die rechtliche Relevanz von technischen Normen durch entsprechende Bezugnahme in privatrechtlichen Verträgen geht der Verfasser auf die faktisch bestehende "quasi-bindende" Wirkung von technischen Normen ein, die er in den gesetzlichen Verweisungen auf dieselben begründet sieht. Hinsichtlich der Einbindung der technischen Normen in die Rechtsordnung differenziert er zwischen der statischen Verweisung, der dynamischen Verweisung und der Verweisung mittels der Technik Klausel (S. 173 ff.).

Das sechste Kapitel behandelt den Themenkreis Verantwortlichkeit und Zurechnung in der Risikogesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit schenkt *Esteve-Pardo* der objektivierten Verantwortlichkeit und den Problemen im Zusammenhang mit dem Nachweis des Kausalnexus bei Umweltschäden, bei denen der gesetzlichen Ursachenvermutung zentrale Bedeutung zukomme. Das System der objektivierten Verantwortlichkeit wähle als Zurechnungsmoment nicht den konkreten Kausalverlauf, sondern den zu Unrecht erlittenen, konkreten Schaden. Nach der Ansicht des Verfassers stellt das Modell der objektivierten Verantwortlichkeit in Anbetracht des stetigen Anwachsens nicht vorhersehbarer Risiken kein wirksames Konzept dar. Anschließend geht *Esteve-Pardo* ausführlich auf das Haftungssystem nach dem deutschen Umwelthaftungsgesetz ein (S. 196 ff.), erörtert die Ursachenvermutung nach § 6 Abs. 1 UmweltHG und die Ausnahme von dieser Ursachenvermutung für den Fall, daß die Anlage bestimmungsgemäß betrieben wurde, § 6 Abs. 2 UmweltHG. Der Autor betont, daß im deutschen System des Umwelthaftungsrechts freiwillige Kontroll- und Überwachungssysteme eine wichtige Rolle spielten, da hierdurch unter Umständen eine Aufhebung der gesetzlichen Ursachenvermutung erreicht und die Beweislast auf den Geschädigten abgewälzt werden könne.

In allen industrialisierten Staaten stellen sich angesichts der rasanten technischen Entwicklung nahezu identische Probleme, was deren Beherrschung durch die nationalen Rechtsordnungen anbelangt. Vor diesem Hintergrund liegt der Wert des Buches von *José Esteve-Pardo* darin, im Bereich des Verhältnisses von Technik und Recht nicht nur die Sicht der spanischen Rechtswissenschaft darzustellen, sondern weit darüber hinausgehend die neuesten Überlegungen zu diesem Themenkreis, insbesondere in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, zu verarbeiten und damit verschiedene Regelungsmodelle aufzuzeigen. Hierbei entsteht eine quasi internationale Studie zum Risikoverwaltungsrecht, deren Gedankengänge und Schlußfolgerungen bei der Beurteilung der Probleme eines jeden industrialisierten Staates im Zusammenhang mit der Bewältigung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung durch das Recht herangezogen werden können. Für den deutschen Juristen, der sich mit dem von *Esteve-Pardo* behandelten

Themengebiet beschäftigt, ist das Buch von besonderem Reiz, da die deutsche Literatur in erstaunlicher Breite und auf aktuellstem Stand eingearbeitet ist.

Philipp Mesenburg, Trier

Günther, Carsten Alexander: Die Klagebefugnis der Staaten in internationalen Streitbeilegungsverfahren. Köln [etc.]: Heymanns (1998). XIII, 306 S. DM 160.-/ öS 1168.-/SFr 160.- (Völkerrecht – Europarecht – Staatsrecht, Schriftenreihe, Hrsg. von Albert Bleckmann, Bd. 24).

Die Dissertation von C.A. Günther ist der "Klagebefugnis der Staaten in internationalen Streitbeilegungsverfahren" gewidmet. Das Hauptanliegen des Autors betrifft jedoch nicht so sehr die allgemeine Klagebefugnis – im Völkerrecht ein eher ungewöhnlicher Begriff –, sondern die Frage, "ob die Staaten klagebefugt sind, Rechtssätze, die im Allgemeininteresse der Staaten bestehen, gerichtlich durchzusetzen" (S.2–3), und damit, nach seiner Definition der Allgemeininteressen, die Frage nach der gerichtlichen Geltendmachung von Verletzungen von *erga omnes*-Verpflichtungen. Da Prozeßrecht immer nur eine Folge des materiellen Rechts ist, dessen Durchsetzung es dient, geht der Autor von der Untersuchung der den Staaten zustehenden materiellen Rechte aus. Er stellt ausführlich und zutreffend die Entwicklung des Völkerrechts dar, das ursprünglich geprägt war von der Wahrnehmung eigener Interessen der Staaten (Völkerrecht der Koexistenz). Demzufolge dienten die Völkerrechtsnormen dem Schutz der Eigeninteressen der Staaten, also vorwiegend subjektiver Rechte, die einen Abwehranspruch gegenüber anderen Staaten sichern sollten; im übrigen herrschte Handlungsfreiheit der Staaten, soweit eben nicht subjektive Rechte anderer Staaten beeinträchtigt wurden. In der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigte sich die zunehmende Interdependenz der Staaten, die zur Herausbildung von Allgemeininteressen führte, die sich als Parallelinteressen der Staaten darstellten, die auf ein gemeinsames Ziel gerichtet waren, z.B. den Umweltschutz. Der Autor geht dabei von der wohl eher idealistischen These aus, daß die Entstehung jedes Rechtssatzes im Völkerrecht vom Willen der Staatengemeinschaft, also jedes Staates abhängt. Damit ist, so der Autor, zugleich gewährleistet, daß alle Rechtssätze, an die ein Staat gebunden ist, seine eigenen Interessen schützen. Diese These mag für das Vertragsrecht durchaus zutreffen, beim Völkergewohnheitsrecht stellen sich aber schon Bedenken ein. Zudem erhebt sich die Frage, wieso es dann überhaupt zur Verletzung derartiger Rechtssätze kommt.

Aus der These des Autors folgt dann jedoch, daß die Allgemeininteressen immer auch Eigeninteressen der Staaten darstellen. Sie schaffen daher keine bilateralen Rechtsbeziehungen, sondern sind Verpflichtungen *erga omnes* und gewähren jedem Staat ein subjektives, auf die Bewahrung des gemeinsamen Ziels gerichtetes Recht. Wird ein solches im Allgemeininteresse bestehendes Recht verletzt, so sind damit zugleich alle Staaten verletzt. Damit hat der Autor die Grundlage für seine Fragestellung gelegt, nämlich ob jeder Staat die Verletzung eines derartigen Allgemeininteresses einzeln durchsetzen darf, ob also die Durchsetzung von *erga omnes*-Verpflichtungen durch jeden Staat erfolgen kann. Der Autor prüft daraufhin die Rechtsprechung des IGH, die allerdings nicht aussagekräftig ist. Dann wendet er sich den allgemeinen Regeln zu, also insbesondere dem Bereich der Staatenverantwortlichkeit, wie sie in den Arbeiten der ILC zur Zeit zu entnehmen ist. Dort wird aber vor allem die Frage der Gegenmaßnahmen geklärt. Die Frage der Klagebefugnis bleibt hingegen im Entwurf der ILC, Art. 40, Teil II, ungelöst, zudem ist nicht klar, inwieweit es sich hierbei um die Kodifizierung bereits geltenden Rechts handelt.

<http://www.zaoerv.de>

Das für die Beantwortung der Frage nach der Klagebefugnis bei Verletzung von *erga omnes*-Verpflichtungen bis dahin negative Ergebnis der Untersuchung führt den Autor dann zur Kernfrage, nämlich der Prüfung, wie diese Frage nach den geltenden Regeln der internationalen Gerichtsbarkeit, insbesondere des IGH, zu beantworten ist. Seinen Überlegungen stellt er voran, daß grundsätzlich eine klageweise Geltendmachung derartiger Verletzungen den möglicherweise auch einseitigen Repressalien der Staaten vorzuziehen ist, da durch die gerichtliche Klärung der Rechtsfrieden gewahrt bleibt und das in der einzelstaatlichen Reaktion auf Verletzungen von *erga omnes*-Verpflichtungen liegende subjektive Moment der Beurteilung ausgeschaltet wird. In der Sache kommt er zu dem Ergebnis, daß der Klagebefugnis nichts entgegensteht, wenn die allgemeinen Voraussetzungen, insbesondere die konsensuale Begründung der Zuständigkeit des IGH, gegeben sind, d.h. insbesondere, wenn der Verletzer der *erga omnes*-Norm verklagt wird.

Während die Darstellungen zu den materiellen Rechtsfragen überwiegend zutreffend sind, sind die Überlegungen des Autors zu Prozeßfragen nicht immer überzeugend. So prüft er im Zusammenhang mit der Klagebefugnis bezüglich einer Verletzung von *erga omnes*-Verpflichtungen z.B., ob aus den zu Art. 36 Abs.2 IGH-Statut gemachten Vorbehalten eine *opinio iuris* herausgelesen werden kann, der zufolge die Geltendmachung von Verstößen gegen *erga omnes*-Verpflichtungen ausgeschlossen ist. Er kommt zwar zu dem richtigen Ergebnis, daß das nicht der Fall ist, hier erscheint aber doch der Ansatz bereits als bedenklich. Ebenso wenig überzeugend ist die weitere Prüfung, ob bei der Geltendmachung der Verletzung von *erga omnes*-Verpflichtungen die Frage der *indispensable party* eine Rolle spielen kann, wenn, und das ist die richtige Voraussetzung, von der er ausgeht, der Verletzer der *erga omnes*-Norm der beklagte Staat ist. Diese Frage beantwortet er zwar auch zu Recht negativ, sein Ansatz erscheint aber eher fragwürdig, da er zuvor bereits festgestellt hat, daß *erga omnes*-Rechte für jeden Staat auch ein subjektives Recht beinhalten. Auch die konkrete Begründung für die Ablehnung der *indispensable party* ist verwunderlich. Der Autor behauptet nämlich, daß die im Fall *Monetary Gold* vom IGH festgestellte Tatsache, daß er nicht entscheiden kann, wenn Gegenstand bzw. Voraussetzung für den anstehenden Streit die Feststellung über Rechte, Pflichten oder Rechtsverletzungen eines dritten, am Verfahren nicht beteiligten Staates ist, bei der Geltendmachung von Verletzungen gegen *erga omnes*-Verpflichtungen nicht zum Tragen komme. Die Feststellung der Verletzung einer *erga omnes*-Verpflichtung bzw. die Entscheidung des Gerichtshofs, daß eine solche Verletzung einzustellen ist, kann, so seine These, die Interessen eines abwesenden Dritten niemals derart betreffen, daß diese Feststellung die Kernfrage im Sinne von *Monetary Gold* darstellt. Allerdings kann in solchen Fällen immer nur die Feststellung des Verstoßes bzw. dessen Beendigung beantragt werden, nicht aber die Wiedergutmachung der Verletzung in irgendeiner Form gegenüber dem "direkt" betroffenen Staat.

Wenn dem Autor auch im Ergebnis zuzustimmen ist, daß grundsätzlich die klageweise Geltendmachung von Verstößen gegen *erga omnes*-Verpflichtungen vor dem IGH möglich ist – wobei die Frage hier offenbleiben kann, ob Allgemeininteressen pauschal mit *erga omnes*-Verpflichtungen gleichgesetzt werden können –, so fehlen doch einige, wie mir scheint unentbehrliche, zusätzliche Überlegungen. Es findet sich z.B. in der Arbeit kein Wort über das Rechtsschutzbedürfnis: Der IGH hat es aber immer und zu Recht abgelehnt, rein "akademische" Fragen zu beantworten, daher hätte dieser Aspekt zumindest angesprochen werden müssen. Ebenso wird der in der internationalen Gerichtsbarkeit zentrale Begriff der Streitigkeit überhaupt nicht eingeführt oder hinterfragt. Auch

<http://www.zaoerv.de>

Erwägungen dazu, ob die Klagebefugnis gegeben ist, wenn der "direkt" verletzte Staat erkennbar von einer Klage absehen möchte, werden nur sehr cursorisch angestellt, so daß das Ergebnis, dem insgesamt durchaus zuzustimmen ist, der nötigen Differenzierung und Absicherung anhand von Beispielfällen entbehrt. Die Feststellung, daß die Klagebefugnis immer dann besteht, wenn die Verletzung einer *erga omnes*-Verpflichtung nicht zugleich eine bilaterale Rechtsbeziehung betrifft, hätte der Ansatzpunkt für eine differenzierte Prüfung des pauschalen Ergebnisses sein müssen, denn die Fälle, in denen eine Verletzung einer *erga omnes*-Verpflichtung vorliegt, ohne daß zugleich eine besondere bilaterale Beziehung tangiert ist, sind eher selten: als Beispiele können die Verletzung staatsfreier Räume oder des *common heritage of mankind* genannt werden. Es gilt demnach für die klageweise Geltendmachung von Verletzungen von *erga omnes*-Verpflichtungen vor dem IGH nichts anderes als allgemein: Es muß eine Zuständigkeitsgrundlage gegeben sein und auch die übrigen Voraussetzungen der Zulässigkeit müssen vorliegen, damit der IGH entscheiden kann; diese vernachlässigt der Autor jedoch. Die Ursache hierfür liegt m. E. darin, daß der Autor zu sehr vom nationalen Recht ausgeht: Schon der Begriff "Klagebefugnis" ist in der internationalen Gerichtsbarkeit eher ungebrauchlich. Da hier, anders als im nationalen Recht, die Zuständigkeit des Gerichts durch einen ausdrücklichen Willensakt der Staaten begründet werden muß, ist die Klagebefugnis in der Regel bereits mit dem Vorliegen einer Zuständigkeitsgrundlage gegeben. Davon getrennt sind dann die Fragen der Zulässigkeit und der Begründetheit zu betrachten und gerade hier erheben sich bei der Geltendmachung von Verletzungen von *erga omnes*-Verpflichtungen Probleme. Der Autor hat seine Darlegungen somit auf eine Teilfrage beschränkt, die zwar auch nicht völlig unproblematisch ist, aber eben doch nicht die wesentlichen Probleme ausschöpft.

Anderes kann für andere Gerichte gelten, wie der Autor im letzten Kapitel darstellt, in dem er die Klagebefugnis in anderen Verfahren als denen vor dem IGH untersucht. Er betrachtet die Klagebefugnis bei Verfahren im Rahmen von Organisationen der Wirtschaftsintegration, insbesondere die Europäische Gemeinschaft, aber auch Organisationen im südamerikanischen und afrikanischen Raum; im Rahmen der Handelsübereinkommen wie WTO/GATT und NAFTA und im Bereich des Menschenrechtsschutzes, insbesondere der EMRK und der AmMRK. Schließlich geht er noch auf besondere Streitbeilegungsmechanismen wie diejenigen der ILO und der OSZE ein. Die Ausführungen hierzu sind für die allgemeine Fragestellung allerdings nur von begrenztem Interesse, da die Gründungsverträge jeweils ausdrückliche Regelungen bezüglich der Klagebefugnis enthalten und über die vom Autor angedachte Frage, ob diese Regeln konstitutiven oder nur deklaratorischen Charakter haben, lange gestritten werden kann.

Karin Oellers-Frahm

Israel among the Nations. International and Comparative Law Perspectives on Israel's 50th Anniversary. Ed. by Alfred E. Kellermann, Kurt Siehr and Talia Einhorn. The Hague, Boston, London: Kluwer (1998). 392 S. (T.M.C. Asser Instituut).

Das Buch ist aus Anlaß des 50. Jahrestages der Staatsgründung Israels im Jahre 1998 erschienen und vereinigt zwanzig Beiträge vorwiegend israelischer Rechtsgelehrter. Bereits der Titel "Israel among the Nations" legt nahe, daß das Buch aus internationalem und rechtsvergleichendem Blickwinkel geschrieben wurde. Will man die Artikel trotz ihrer im einzelnen unterschiedlichen Thematik auf einen gemeinsamen Nenner bringen, so ist dies die Spannung zwischen Israel, dem auf seine Weise einzigartigen jüdischen Staat, und

<http://www.zaoerv.de>

Israel, einem Staat unter vielen anderen. Das Buch analysiert die charakteristischen Merkmale Israels, warnt aber zugleich vor zuviel Originalität im Hinblick auf die Rechte und Freiheiten der Bürger.

Im ersten Beitrag behandelt Barak, Präsident des Supreme Court of Israel, die teleologische Auslegungsmethode, die sich bei der Auslegung vom Zweck einer Regelung leiten lasse und auf die der israelische "Civil Code" zugeschnitten sei. Unterschieden wird zwischen dem subjektiven Zweck, dem historischen Willen des Gesetzgebers, und dem objektiven Zweck, den davon losgelöst, sich im Laufe der Zeit wandelnden Erfordernissen. Der objektive Zweck einer Regelung lasse sich mit Hilfe der Annahme ermitteln, daß der "Civil Code" das Erreichen bestimmter Ziele und Werte wie der Grundprinzipien des Rechtssystems beabsichtige. Es bestehe ein gerichtliches Ermessen bei der Bestimmung des Zwecks einer Regelung. Da sich der israelische "Civil Code" mehrere ausländische Rechtssysteme zum Vorbild genommen habe, könnten diese und die Rechtsvergleichung Anhaltspunkte für die Auslegung geben.

In der nächsten Abhandlung mit dem Titel "Old Land – New Land: A Comparative Analysis of the United Kingdom & Israel" untersucht Belfort Punkt für Punkt, inwieweit sich das israelische öffentliche Recht seit der Gründung des Staates Israel vom englischen öffentlichen Recht abgewandt hat. Als Gründe für die bestehenden Unterschiede gibt er an: die Ausbildung der israelischen Anwälte in verschiedenen Rechtssystemen, das bereichernde Erbe des jüdischen Rechts, die Israel eigenen sozialen Spannungen sowie eine fortschrittlichere Rechtsentwicklung in Israel.

Der anschließende Artikel von Ben-Porath, "The Ombudsman as Defender of Democracy and Human Rights", beschäftigt sich mit den Vorteilen der Israel eigenen Verbindung der Funktionen von Ombudsman und State Comptroller in einer Person, die einzigartig in der Welt ist. Im Anschluß daran faßt Blum die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinten Nationen kritisch zusammen.

In dem Beitrag "Religious Freedom and Religious Coercion in the State of Israel" wendet sich Cohn einem Aspekt der Religionsfreiheit zu, der Freiheit von Religion, und erläutert auf anschauliche Weise, wie es in Israel trotz der weltlichen Staatsform zu religiösen Zwängen durch die Gesetzgebung kommen kann und welche lindernden Maßnahmen getroffen worden sind.

Ausgehend von einem Zitat von Wilkinson, "one democracy's terrorist is another democracy's terrorist", vertritt Cotler in seiner Abhandlung "Israel, Terrorism and Human Rights: The Dilemma of Democracies" den Standpunkt, daß der Terrorismus im Mittleren Osten wie jeder andere Terrorismus einen Angriff auf die Menschenrechte darstelle, und begreift deshalb den Kampf gegen den Terrorismus als Teil des größeren Kampfes für die Menschenrechte. In vier Abschnitten geht er auf die Entwicklung eines Rechts und einer Politik des Antiterrorismus ein.

In dem folgenden Beitrag "Israel: the Jew among Nations" stellt Dershowitz die These auf, daß die Kluft zwischen Israels eigentlichen rechtsstaatlichen Leistungen und seinen von der internationalen Gemeinschaft akzeptierten größer ist als bei jeder anderen Nation. Er wirbt für mehr Verständnis für die besondere Situation, in der sich Israel aufgrund terroristischer Angriffe befinde. Die Folter durch den israelischen Geheimdienst und die Deportation von Arabern rechtfertigt er zwar nicht, unternimmt aber den nicht unbedingt gelungenen Versuch, sie mit anderen Fällen zu vergleichen und ihnen auf diese Weise die Brisanz zu nehmen.

Dinstein zeichnet in seinem Beitrag "The International Legal Dimensions of the Arab-Israeli Conflict" die Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts beginnend mit der Balfour-Deklaration 1917 nach und setzt sich daran anknüpfend mit zentralen völkerrechtlichen Fragen auseinander. In dem Artikel "The Legal Framework for Israel's International Trade: International and Domestic Perspectives" stellt Einhorn die Bedeutung des freien Handelsverkehrs für Israel heraus, das als kleines Land auf internationale Handelsabkommen angewiesen sei, um im eigenen Land wettbewerbsfähig zu bleiben. Um einen freien Handelsverkehr zu erreichen, bedürfe es in Israel noch der Umsetzung der internationalen Handelsabkommen in nationales Recht.

In der längsten Abhandlung des Buches "The Values of a Jewish and Democratic State: The Task of Reaching a Synthesis" erörtert Elon die beiden Grundprinzipien, auf denen das Verfassungssystem des Staates Israel beruht: Israel ist zum einen ein jüdischer und zum anderen ein demokratischer Staat. In die Unabhängigkeitserklärung Israels vom 14. Mai 1949 als Vision aufgenommen, haben diese beiden Grundprinzipien durch die Erwähnung in den Basic Laws: Human Dignity and Liberty und Freedom of Occupation bindende Wirkung erhalten. Der Begriff des jüdischen Staates umfasse dem westlichen Verständnis eines demokratischen Staates entgegengesetzt das umfangreiche gesetzliche Erbe des jüdischen Volkes und des Judentums. An verschiedenen Beispielen erläutert Elon, wie die Werte eines jüdischen und eines demokratischen Staates in der israelischen Rechtsordnung zusammenspielen und welchen Einfluß die Berücksichtigung jüdischer Werte auf die Rechtsprechung in Israel hat.

Im Anschluß daran bestimmt Henkin aus rechtstheoretischer Perspektive in seinem Artikel "Constitutionalism and its Values" den Begriff des Konstitutionalismus, identifiziert seine Elemente und die ihm zugrundeliegende Theorie. Anstatt Israel jedoch an diesen Merkmalen zu messen, stellt er am Ende seiner Ausführungen lediglich einen Katalog offener Fragen. Kellermann vergleicht in der folgenden Abhandlung "The Quality of Legislation in Europe and in Israel" die Qualität der Gesetzgebung auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, vier ihrer Mitgliedstaaten und Israels. Er schlußfolgert, daß der 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels ein günstiger Anlaß sei, Nutzen aus den Studien der EU und der OECD über die Verbesserung der Qualität der Gesetzgebung zu ziehen und dies zu einem politischen Anliegen zu machen.

Mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und der Europäischen Union beschäftigt sich Malanczuk in seinem Beitrag "The Legal Framework of the Economic Relations between Israel and the European Union". Er schildert die Entwicklung der Handelsabkommen zwischen Israel und der Europäischen Gemeinschaft bis zum Assoziationsabkommen von 1995 und stellt sie in Zusammenhang mit der Idee der "Euro-Mediterranean Partnerschaft", die in den 70er Jahren aufkam. Nach Malanczuk ist Israel, vom früheren Jugoslawien und der Türkei abgesehen, der Mittelmeerstaat mit den engsten industriellen und wirtschaftlichen Verbindungen zur Europäischen Union. Der Frage, ob Israel dereinst ein voller Mitgliedstaat der Europäischen Union werden kann, steht er nicht allein wegen der geographischen Begrenzung des Kreises potentieller Mitgliedstaaten in Art. 49 EUV skeptisch gegenüber. Die Ausweitung der Handelsbeziehungen werde durch politische Differenzen wie den Streit über die Aufnahme der Waren in die Freihandelszone, die aus den von Israel besetzten Gebieten stammen, erschwert.

Pisar, Auschwitz-Überlebender und Mitglied der "Yad Vashem"-Ehrenkommission, widmet sich in dem Artikel "Israel and the Righteous among Nations" dem Beitrag Israels

<http://www.zaoerv.de>

zur Verhinderung des Völkermords. Nicht nur, um nationale Dankbarkeit auszudrücken, sondern auch, um das Gewissen der Gesellschaft dauerhaft zu mobilisieren, wurde in Israel 1953 die Institution "Yad Vashem" gegründet, die Nichtjuden, die ihr Leben zur Rettung von Juden riskiert haben, als "Righteous Among Nations" ehrt.

Aus rechtsvergleichender Sicht schildert Rabello im nachfolgenden Beitrag die Entwicklung der Privatrechtskodifikation in Israel, die einzig das an den verschiedenen Religionen orientierte Familienrecht ausnimmt, und läßt seinen Betrachtungen den "Draft Index of Israeli Civil Code" folgen. Daran anschließend arbeitet Rose nne die rechtlichen Aspekte des Übergangs vom Mandat zur Unabhängigkeit im Zeitraum von Dezember 1947 bis zum 15. Mai 1948 auf. Dem Artikel hintangestellt sind Ausschnitte aus rechtlich relevantem Material: die Resolution 181 (II) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 und die israelische Gesetzgebung im angegebenen Zeitraum. Ohne direkten Bezug zu Israel behandelt Sa c e r d o t i im folgenden das Problem der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen auf übergeordneten Befehl anhand zweier neuer Entscheidungen: der Entscheidung des italienischen Militärberufungsgerichts im Fall *Priebke* und der des Internationalen Strafgerichtshofs für das frühere Jugoslawien im Fall *Erdemovic*.

In "A Statute on Private International Law for Israel" nimmt Sie h r die Privatrechtskodifikation in Israel zum Anlaß, sich für die Notwendigkeit von Regelungen zum internationalen Privatrecht auszusprechen, und stellt im Hinblick darauf eine Reihe allgemeiner Prinzipien auf. Sie k m a n n beschreibt in seinem Beitrag "United Nations Peace-Keeping in the Middle East: Establishing the Concept" zunächst die "Blauhelm"-Einsätze der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt und legt danach dar, wie diese zu einem allgemeinen Verständnis der "Blauhelm"-Einsätze geführt haben, das durch die Zustimmung der Konfliktparteien sowie die Unparteilichkeit und die Nichtausübung von Zwang durch die Friedenstruppen gekennzeichnet sei.

Der in Essayform geschriebene Abschlußbeitrag von Weiler, "Israel, the Territories and International Law: When Doves are Hawks", untersucht aus zwei entgegengesetzten Blickwinkeln die Frage nach dem Souverän über das von Israel besetzte Gebiet "West Bank". Weiler erläutert in interessanter Weise das Paradoxum, daß eine angenommene Souveränität Israels über das Gebiet "West Bank" nicht mit der zionistischen Idee von Israel vereinbar wäre. Denn die Souveränität über das Gebiet "West Bank" hätte die Souveränität von mehr als einer Million der dort lebenden Palästinenser zur Folge. Das zahlenmäßige Verhältnis von Israelis und Arabern würde schlagartig zum Verschwinden des jüdischen Charakters des Staates Israel führen.

Insgesamt stellt das Buch einen zentrale Rechtsbereiche abdeckenden Sammelband zu Israel dar und erfüllt damit seinen Auftrag, zum 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels einen Überblick über Stellung und Entwicklung Israels in der Staatengemeinschaft zu geben. Das Buch ist nach seinem Titel "Israel among the Nations" weit angelegt, und so wundern die Themenvielfalt der einzelnen Artikel sowie die manchmal deskriptive, anderenorts kritische Schreibweise nicht. Dennoch wäre es wünschenswert gewesen, die einzelnen Beiträge nicht bloß aneinanderzureihen, sondern bestimmten Bereichen zuzuordnen und durch eine systematische Gliederung für mehr Übersichtlichkeit zu sorgen. Ungeachtet dieser Kritik bietet dieser Sammelband für jeden, der sich mit Israel beschäftigen möchte, einen wertvollen Einstieg in ausgewählte, insbesondere völkerrechtliche, Fragestellungen.

Karen Raible

<http://www.zaoerv.de>

Karpenstein, Ulrich: Europäisches Exportkontrollrecht für Dual-use-Güter. Stuttgart [etc.]: Boorberg (1998). 398 S. DM 96.- (Schriften zum öffentlichen, europäischen und internationalen Recht, Bd. 7, Eibe Riedel, Universität Mannheim).

Bermbach, Simone: Die gemeinschaftliche Ausfuhrkontrolle für Dual-use-Güter – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf das deutsche Außenwirtschaftsrecht. Baden-Baden: Nomos (1997). XIV, 250 S. DM 59.- (Veröffentlichungen aus dem Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg, hrsg. von Thomas Bruha und Ingo von Münch, Bd. 21).

Egger, Ulrich: "Dual-use"-Waren: Exportkontrolle und EG-Vertrag. Köln [etc.]: Heymanns (1996). XII, 213 S. DM 136.-/ÖS 993.-/SFr 136.- (Völkerrecht, Europarecht, Staatsrecht, Hrsg. von Albert Bleckmann, Bd. 19).

Janik, Marianne: Sensitive Waren und Dienstleistungen im Lichte des europäischen Gemeinschaftsrechts. Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen Exportkontrolle in der Europäischen Union. Frankfurt [etc.]: Lang (1995). 275 S. DM 84.- (Schriften zum Staats- und Völkerrecht, Hrsg. von Dieter Blumenwitz, Bd. 61).

Anzuzeigen sind vier mit Jahresabstand veröffentlichte Dissertationen, die sich mit einer wichtigen Fragestellung des deutsch-europäischen Wirtschaftsrechts beschäftigen, nämlich mit der Handelsfreiheit für sowohl zivil als auch militärisch nutzbare Güter. Da aufgrund des technischen Fortschritts selbst eine Rührmaschine, die üblicherweise für die Schokoladenherstellung eingesetzt wird, militärisch – nämlich für die Raketenherstellung – genutzt werden kann, lassen sich diese Dual-use-Güter vereinfacht wie folgt definieren: Es sind sämtliche Industrie- und Konsumgüter, die nicht eindeutig als Rüstungsgüter anzusehen sind. Der Export von handelsüblichen Maschinen- und Anlagenteilen oder von Pflanzenschutzmitteln und Impfstoffen, die – wie die deutsche Erfahrung lehrt – ohne weiteres für den Bau von Chemiewaffenfabriken (Rabta), biologischen Waffen oder von Scud-Raketen genutzt werden können, in proliferationskritische Länder bedarf der Kontrolle, um die durch den technologischen Fortschritt entstandenen Schlupflöcher der Proliferation zu vermeiden. Wenn allerdings diese Kontrollen zu exzessiv ausfallen, besteht die Gefahr, für den Regelfall – nämlich den Export der Rührmaschine für handelsübliche, rein zivile Zwecke – die Handelsfreiheit zu untergraben. Es geht somit allein um eine angemessene Außenhandelsfreiheit (ähnlich Epping, Die Außenwirtschaftsfreiheit, Tübingen 1998).

Die Frage der vier Arbeiten ist, wie die EU dieses schwierige Dilemma zwischen notwendiger Kontrolle für potentiell proliferations-kritische Zwecke und der Handelsliberalität für rein zivile Zwecke ausbalanciert hat und wie die bisher erreichte Teilharmonisierung durch die nachfolgend genannte EG-Verordnung europarechtlich zu bewerten ist.

Die vier Dissertationen, die alle durch die in Vorbereitung befindliche (Janik) bzw. 1995 in Kraft getretene EG-Verordnung 3381/94 über eine Gemeinschaftsregelung der Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (sog. Dual-use-Verordnung) und den hierzu ergangenen, auf Art. J.3 a.F. EUV gestützten, GASP-Beschluß 94/942/GASP (sog. Dual-use-Beschluß) inspiriert wurden, gehen diese Fragestellung auf ganz unterschiedliche Weise an: Während die Arbeit von Bermbach sich vor allem der sachkundigen Kommentierung der einzelnen Artikel der Dual-use-Verordnung widmet, geht es Egger und Janik vor allem um die europarechtlichen Rechtsgrundlagen dieser

Exportkontrollen innerhalb der EG und gegenüber Drittstaaten, wobei der Ansatz der Arbeit von Janik – gegenüber Egger – etwas weiter ist, weil sie rechtsvergleichende und völkerrechtliche Überlegungen einschließt. Bei Egger fällt auf, daß er sämtliche verfassungsrechtliche Zweifelsfragen des deutschen Ausfuhrrechts (z. B. S. 38 f.: Verfassungsmäßigkeit der weiten Kontrollermächtigung des § 7 Abs. 1 AWG; S. 54: Zulässigkeit “verordnungsvertretender Verwaltungsakte”; S. 96–99: Angemessenheit des § 5 c AWV; vgl. demgegenüber vor allem Epping, *ibid.*) sehr cursorisch behandelt. Seine europarechtliche These, Exportbeschränkungen dürften nicht nur auf die Dual-use-Verordnung, sondern auch umfassend auf Art. 30 (Art. 36 a.F.) EGV gestützt werden (S. 154, vgl. auch Egger, AW-Prax 1996, 155 ff.), erscheint angesichts des grundsätzlich abschließenden Charakters der Dual-use-Verordnung angreifbar (vgl. Bermbach, 185 ff. und Karpenstein, 109). Völlig aus dem Rahmen fällt die am gründlichsten recherchierte – allein das Literaturverzeichnis ist mit 52 Seiten fast doppelt so umfangreich wie das der anderen drei Arbeiten zusammen – Dissertation von Karpenstein, welche am umfassendsten die Auswirkungen der Teilharmonisierung im Lichte des Gemeinschaftsrechts unter Berücksichtigung kompetenzrechtlicher, rechtsvergleichender, völkerrechtlicher und rechtspolitischer Überlegungen darstellt. Die weitere Besprechung konzentriert sich daher auf die Arbeit von Karpenstein, wobei immer wieder Vergleiche zu den drei anderen Arbeiten – insbesondere zu der von Bermbach – angestellt werden.

In seiner kritischen Bestandsaufnahme (Erster Teil, S. 73–270) vertritt Karpenstein folgende Thesen: Eine “wirkliche” Harmonisierung der Exportkontrollen für Dual-use-Güter sei ausgeschlossen, solange die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) über eine punktuelle Zusammenarbeit in einzelnen Angelegenheiten nicht hinauskomme (erstes Kapitel). Daher könne die Dual-use-Verordnung nicht mehr als einen lockeren rechtlichen Rahmen setzen, der kaum über den *status quo ante* hinausgehe (zweites Kapitel). Reichweite und Inhalt dieses Rahmens würden vor allem durch sicherheitspolitische Ziele (drittes Kapitel), internationale Nonproliferations-Vereinbarungen (viertes Kapitel) sowie die nationalen Exportkontrollsysteme der Mitgliedstaaten (fünftes Kapitel) geprägt. Rechtspolitisch (sechstes Kapitel) wird dem hinzugefügt, daß die Risikoentscheidung für Exportkontrollen dreistufig erfolgen sollte, wobei beim *pre-* und *post-licensing* eine geteilte Verantwortlichkeit (Verwaltung, Exporteure, Gerichte, Politik) und beim *licensing* ein plurales, aber transparentes Bewertungssystem erforderlich sei, bei dem politische Erwägungen dominierten; hierfür werden neun Nichtgenehmigungsgründe erwähnt (S. 268–270). Die integrationspolitische und europarechtliche Analyse von Karpenstein (Zweiter Teil, S. 271–369) läßt sich wie folgt zusammenfassen: Der Harmonisierungszwang ergebe sich weniger aus der Außen- und Sicherheitspolitik als aus der Dynamik des Binnenmarktes (siebtes Kapitel). Daraus folge, daß die Exportkontrollen nicht in der GASP, sondern im gemeinschaftsrechtlichen Rahmen harmonisiert werden müßten (achtes Kapitel) und daß die Aufspaltung des EU-Exportkontrollrechts in eine EG-Verordnung und einen GASP-Beschluß einen “vertragswidrigen Eingriff der Mitgliedstaaten in bestehende Gemeinschaftskompetenzen” (S. 336) darstelle (neuntes Kapitel). Zu dieser Teilharmonisierung müßten allerdings noch einige primär- und sekundärrechtliche Bestimmungen (Diskriminierungsverbot, Effizienzgebot und grundrechtliches Ausfuhrrecht – letzteres zu Recht abgeleitet aus Art. 1 der EG-Verordnung 2603/69, vgl. S. 346 f.) sowie allgemeine Rechtsgrundsätze (Bestandsschutz, Rechtsschutz etc.) hinzugerechnet werden, die zu einer gewissen Kohärenz der nationalen Exportkontrollen führen könnten (zehntes Kapitel).

<http://www.zaoerv.de>

Seine Schlußbetrachtung (S.371–378) fällt gleichwohl wegen der “rechtswidrigen Zweiteilung” und der “Flucht ins intergouvernementale Unionsrecht” (S.372 und 374) sehr pessimistisch aus; es drohe die “Gefahr einer Renationalisierung” (S.373). Das zehnte Kapitel hätte ein etwas optimistischeres Résumé nahegelegt.

Der Reiz der Arbeit von Karpenstein liegt vor allem in der gründlichen rechtsvergleichenden Analyse, die für sechs Mitgliedstaaten Rechtsgrundlagen, Genehmigungsverfahren und Genehmigungspolitiken systematisch darstellt – allein dieses fünfte Kapitel ist den Kauf des Buches wert – und die durchgängig die europarechtliche Argumentation ergänzt (vgl. etwa das sechste und zehnte Kapitel). Einwenden mag man allerdings, daß hier die Steuerung durch rechtliche und politische Faktoren zuweilen unklar bleibt: So bleibt offen, ob die trotz Exportverbotes und rigider Kontrollen auch für Frankreich bescheinigte Liberalität (vgl. S.230) allein aus politischen Kriterien folgt – dies wird angedeutet (vgl. S.215–218); soll dies zu der Schlußfolgerung führen, daß hier für die Handelsliberalität das Recht unbeachtlich ist und allein nationale Sonderinteressen dominieren? Für Deutschland wird die Rolle der Grundrechte und des Bestandsschutzes angedeutet (vgl. S.206f. und 210f.); durch nichts begründet ist allerdings die hier vertretene pauschale Behauptung der “wirtschaftsfreundlichen Praxis”, bei der “der Konflikt zwischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen und unternehmerischem Vertrauensschutz grundsätzlich zugunsten des letzteren gelöst wird” (S.206). Ausgeblendet bleiben hier die zahlreichen, durchaus berechtigten Kritikpunkte der Wirtschaft an Genehmigungspflichten für die innergemeinschaftlichen Verbringungen (angedeutet bei *Bermbach*, S.178 ff.), die zu der überhaupt nicht wirtschaftsfreundlichen Praxis aufwendiger und unnötiger Kontrollen führen. Eine gewisse Schwäche mag man in einigen wenigen – teilweise polemisch formulierten – Überbewertungen sehen. Zuweilen gibt es Flüchtigkeitsfehler in den Fußnoten. Angesichts des primär rechtsvergleichenden Charakters der Arbeit war eine vertiefere Analyse des deutschen Exportkontrollrechts (vgl. etwa *Egger*, S.21–101) bzw. der europarechtlichen Ermächtigungsgrundlagen (vgl. vor allem *Bermbach*, S.36–95, und *Janik*, S.121–249) und der exakten Reichweite der Bestimmungen der Dual-use-Verordnung (vgl. vor allem *Bermbach*, S.96–184) bzw. der EG-Verordnung 2603/69 über eine gemeinsame Ausfuhrkontrolle (vgl. etwa *Bermbach*, S.196–206) nicht in gleichem Maße wie bei einer rein europarechtlichen Arbeit zu erwarten.

Bermbach formuliert etwas behutsamer als *Karpenstein*, der den “vertragswidrigen Eingriff” (S.336) der Zweigleisigkeit des EU-Exportkontrollrechts aus dem Prinzip der Gemeinschaftstreue (Art. 5 a.F. EGV) in Verbindung mit der gemeinsamen Handelspolitik (Art. 113 a.F. EGV) ableitet (S.300–303). *Bermbach* sieht in dieser Zweiteilung eher eine “wenig befriedigende Lösung” (S.75), die nach einer Neuverteilung der Kompetenzen rufe (vgl. dazu jetzt den Vorschlag einer Neufassung der Dual-use-Verordnung, ABl. C 399/1 vom 21.12.1998). Anders als *Karpenstein* (S.335) sieht sie die Möglichkeit eines Vorabentscheidungs- und eines Vertragsverletzungsverfahrens sowohl gegen die Dual-use-Verordnung als auch gegen den GASP-Dual-use-Beschluß als gegeben an (S.74 und S.77). Dadurch werde dieser GASP-Beschluß zu einem integrierenden Bestandteil des Gemeinschaftsrechts mit der Folge einer ungewollten Kompetenzerweiterung, welche gegen das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung verstoße und die Rechtswidrigkeit des “integrierten Systems” zur Folge habe (S.77f.). Weiterhin betont *Bermbach* deutlicher, daß die Ermächtigung des Art.5 Dual-use-Verordnung, zusätzliche nationale Exportkontrollen anzuwenden oder zu erlassen, eine bloße “Notfallkompetenz” darstelle

<http://www.zaoerv.de>

(S.180 und 184), welche der Verhältnismäßigkeitsprüfung bedürfe (S.191–195). Andererseits sieht sie beim innergemeinschaftlichen Warenverkehr den Anwendungsbereich des Art.30 (Art.36 a.F.) EGV neben der Dual-use-Verordnung etwas weiter als Karpenstein (S.109f.), der nur die innere Sicherheit als durch die Dual-use-Verordnung nicht abschließend geregelt ansieht; sie ergänzt mit guten Gründen, daß auch die äußere Sicherheit noch nicht abschließend geregelt sei (S.185 und S.195). Bermbach läßt auch nicht das von Egger (S.184) aus dem Wortlaut des Art. 1 EG-Verordnung 2603/69 abgeleitete Argument gelten, die Ausfuhrfreiheit erfasse nicht die Maßnahmen gleicher Wirkung (wie Genehmigungsvorbehalte, Exportkontrollen etc.); sie weist mit Recht nach, daß diese Argumentation nicht mit einer teleologischen Auslegung vereinbar ist (S.199). Bermbach kommt durch die stärkere Betonung rechtlicher Barrieren für nationale Exporthürden und die höhere Verdeutlichung der grundrechtlichen Exportfreiheit zu einer etwas optimistischeren Einschätzung der Dual-use-Verordnung als Karpenstein (in seinem zweiten Kapitel und seiner Schlußfolgerung): sie stelle einen “entscheidenden Durchbruch in Richtung eines europa-einheitlichen Exportkontrollrechts” dar (S.216); zugleich beklagt sie die bloße Teilharmonisierung.

Alle vier Arbeiten verdeutlichen, daß im europäischen Recht für den Export von Dual-use-Gütern zahlreiche schwierige Rechtsfragen liegen, die vor allem folgendes betreffen: die Kompetenzen nach dem EGV (gemeinsame Handelspolitik Art. 113 a.F. EGV versus Sicherheitsinteressen Art. 223 a.F. EGV; vgl. etwa Janik, S.121 ff.), die Frage der Zulässigkeit über die Ermächtigungen der Dual-use-Verordnung hinausgehender Kontrollen nach Art. 36 a.F. EGV (innerhalb der EU) und nach Art. 11 EG-Verordnung 2603/69 (gegenüber Drittstaaten), die Fragen des Einflusses von Gemeinschaftsrecht auf das nationale Exportkontrollrecht (und hier insbesondere die Frage eines europäischen Grundrechts aus Art. 1 EG-Verordnung 2603/69), die Frage der Prägung des Gemeinschaftsrechts durch das nationale Recht der Mitgliedstaaten und die Frage der Gültigkeit einiger EU-Akte (analysiert vor allem bezüglich der Zweigleisigkeit zwischen EG-Verordnung und GASP-Dual-use-Beschluß). Die Antworten hierzu, welche für einen Rückschluß auf die angemessene Handelsliberalität erheblich sind, fallen bei den vier Autoren weitgehend verschieden aus; insofern darf auch nicht verwundern, daß ihre Bewertung der bisher erreichten Teilharmonisierung unterschiedliche Nuancen enthält. Einige Punkte werden zu kurz behandelt. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Schwerpunkte können sich die vier Bücher gut ergänzen. Vor allem die Arbeiten von Karpenstein und Bermbach sind besonders zu empfehlen.

Harald Hohmann, Frankfurt/Main

Stern, Brigitte: 20 ans de jurisprudence de la Cour internationale de Justice 1975–1995.

Avec une préface de Mohammed Bedjaoui. The Hague, Boston, London: Nijhoff (1998). XVIII, 1055 S. NLG 445.-/US\$ 240.-/GBP 151.-

Brigitte Stern ist seit vielen Jahren als Kommentatorin der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) bekannt: Alljährlich hat sie die *Chronique de Jurisprudence de la Cour* im *Journal de droit international (Clunet)* veröffentlicht. Auf dieser Grundlage baut sie das vorliegende Werk auf, das die Rechtsprechung des IGH in den Jahren 1975 bis 1995 umfaßt. Diese Periode ist eine der aktivsten des IGH gewesen, die von so bedeutenden Fällen geprägt ist wie dem der *Teheraner Geiselnahme*, der Klage *Nicaraguas gegen die USA*, einiger wichtiger Entscheidungen zu Fragen des Seerechts sowie der Behandlung von immer wieder strittigen Verfahrensinstituten wie den einstwei-

<http://www.zaoerv.de>

ligen Maßnahmen und der Intervention. Auf die zur Zeit der Publikation noch anhängigen Fälle, so z. B. das Gutachten zu Fragen der Anwendbarkeit von Atomwaffen und die Klage *Portugals gegen Australien* betreffend Osttimor, wird auf der Grundlage des damals schon verfügbaren Materials ebenfalls eingegangen.

Der Aufbau der Darstellung der Fälle ist jeweils gleich: In einer kurzen Synopse wird ein summarischer Überblick über den Fall gegeben. Dann folgt eine sehr hilfreiche Auswahl der zu diesem Fall erschienenen Publikationen, die – und das ist die einzige erhebliche Kritik, die an dem Buch geübt werden kann – leider fast ausschließlich Arbeiten in französischer bzw. englischer Sprache umfaßt. Dann folgt die Darstellung der Entscheidung, die sich auf eine unkommentierte, rein sachliche Wiedergabe der Argumentation des Gerichts beschränkt, gefolgt von einer entsprechenden Darstellung der Sondervoten. Wie die Autorin im Vorwort bemerkt, war es ihr Anliegen, die Ausführungen des Gerichts und der Sondervoten der Richter so objektiv wie möglich darzulegen, damit der Benutzer die unverfälschte rechtliche Aussage vor Augen hat. Diese Darstellung ist nach den verschiedenen in der Entscheidung behandelten Sachfragen untergliedert und sehr übersichtlich und klar gestaltet, so daß man auch zu Einzelaspekten der Entscheidung schnell die entsprechende Information findet. Erst hieran schließt sich eine kritische Würdigung der Entscheidungen an, die den konkreten Fall in die Rechtsprechung des IGH einordnet, neue Akzente hervorhebt, wünschenswerte Entwicklungen andeutet und damit dem Leser die Bedeutung der Entscheidung im Rahmen des geltenden und sich entwickelnden Völkerrechts nahebringt.

Sehr nützlich sind für den Benutzer, der nicht über eine größere Bibliothek verfügt, auch die Anhänge. Hier findet man die wesentlichen Artikel der Satzung der Vereinten Nationen, die den IGH betreffen, das Statut sowie die Resolutionen, die auch Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen den Zugang zum IGH eröffnen, die Verfahrensordnung einschließlich der im Jahre 1998 beschlossenen Verfahrensvereinfachungen sowie die Entscheidung zur Einsetzung einer Kammer für Umweltfragen. Eine Reihe von Tabellen gibt einen Überblick über die Organisation des IGH, insbesondere die Zusammensetzung der Richterbank während der Jahre 1975 bis 1995; zudem finden sich eine Liste der Staaten, die eine Erklärung nach der Fakultativklausel abgegeben haben; eine Liste der im vorgegebenen Zeitraum behandelten Fälle; eine Liste der Fälle, die in diesem Zeitraum eingereicht wurden, zu denen aber im Zeitpunkt der Publikation des Buches noch keine Entscheidung ergangen war, sowie eine Liste der neu eingegangenen Fälle. Ein ausführlicher Index vervollständigt die dem Leser an die Hand gegebenen Hilfsmittel.

Obwohl die Zahl der Repertorien zur Rechtsprechung des IGH ständig zunimmt, hat das Werk von Brigitte Stern durchaus seine eigene Bedeutung für alle diejenigen, die sich einen fundierten Überblick über die Rechtsprechung des IGH verschaffen wollen. Da die Entscheidungen nicht nur ihrem Inhalt nach wiedergegeben, sondern kritisch gewürdigt werden und somit die Einordnung der konkreten Entscheidung in die Rechtsprechung des IGH erleichtert wird, ist insbesondere für Studenten und Praktiker der Einstieg in die Rechtsprechung des IGH und der Umgang mit ihr über das vorliegende Werk ohne Schwierigkeiten möglich.

Karin Oellers-Frahm

Wilms, Heinrich: Ausländische Einwirkungen auf die Entstehung des Grundgesetzes.
Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 1999. XIV, 341 S.

Im Stufenbau der Rechtsordnung sind Verfassungsgesetze die höchsten Rechtsnormen.

<http://www.zaoerv.de>

© 1999, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Da sie gesetzt sind, bedürfen sie der Rechtfertigung. Da sie aber die höchsten positiven Normen sind, können sie prinzipiell nicht gerechtfertigt werden, es sei denn, man bezieht sie auf die drei nicht weiter ableitbaren rechtsphilosophischen Grundbegriffe: Vernunft, Natur und Wille. In der Verfassungsgeschichte wurde von allen drei Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Rousseau (Gesellschaftsvertrag II 7) glaubte, wer keine gesetzgebende Berechtigung, also kein eigenes politisches Interesse habe, sei in der Lage, einen vernünftigen Verfassungstext vorzuschlagen, den sich das Volk dann zu eigen machen könne. Nach ihm konnten Verfassungstexte also ex- und importiert werden. Hegel (Rechtsphilosophie §274) hielt nichts von einer Verfassungsgebung *a priori*, weil die Verfassung eine "Arbeit von Jahrhunderten" sei und dem kulturellen Entwicklungsstand eines Volkes entsprechen müsse. Seit dem Ersten Weltkrieg setzt man wegen des scheinbar alle Widersprüche ausschließenden *volenti non fit iniuria* mehr auf den in Abstimmungen geäußerten "Willen", wie der allerdings mehr politisch als theoretisch inspirierte Streit um eine "Neukonstituierung" anlässlich der deutschen Wiedervereinigung zeigt. Jedenfalls glaubt die herrschende Lehre heute, ein Verfassungsgesetz sei nur legitim, wenn möglichst viele Individuen ein "Ja" zu seinem Entwurf angekreuzt haben. Abstimmen können Individuen indessen nur, wenn sie bereits verfasst sind. Deshalb meinte schon Hegel, Verfassungen könnten nicht gegeben, sondern nur geändert werden. In Wirklichkeit geht es immer um die Verschleierung der Paradoxie, daß Verfassungen sowohl *qua* Entscheidung wie *qua* Kontext gelten.

Im Falle des Grundgesetzes ist beides problematisch. Das Grundgesetz ist nicht nur nicht vom Volk verabschiedet worden (Art. 144 Abs.1 GG), seine Schöpfer mußten auch unter der Herrschaft von Besatzungsmächten arbeiten und haben sich unfrei gefühlt (Art. 146 GG). Dadurch stört das Grundgesetz die Invisibilisierung des Verfassungsparadoxes so nachhaltig, daß selbst monokulturelle Verfassungspatrioten meinen, es habe sich jedenfalls inzwischen durch langjährige praktische Anerkennung Legitimität verschafft. Damit haben sie die Abstimmungsfetischisten in der Diskussion um die "Neukonstituierung" allerdings nicht sonderlich beeindruckt.

Heinrich Wilms zerreißt die zarten theoretischen Gespinste mit der groben Frage: "Wie deutsch ist das Grundgesetz?" (S.293). Diese Frage spiegelt die Position Hegels wider und trifft die heutige verfassungstheoretische Diskussion an einer wunden Stelle: Wie deutsch muß das Volk sein, von dem alle Staatsgewalt, also auch die verfassungsgebende Gewalt ausgeht? (dazu BVerfGE 89 S.155, 185 – *Maastricht*). Mit einem Verfassungsvergleich lässt sich leicht zeigen, daß das Grundgesetz eine urdeutsche Verfassung ist. Zwar ist es aus politischen Gründen als Gegenverfassung zur Weimarer Verfassung konzipiert. Aber der Paulskirchenverfassung von 1849, der man ausländische Einflüsse (S.186), jedoch keine ausländischen Eingriffe nachsagen kann, gleicht es so verblüffend, daß Wilms mit Recht schreiben kann, das Grundgesetz stelle die "eigentliche positive deutsche Rechtstradition" wieder her (S.3). Das Verfassungswerk der Paulskirche war allerdings in dem Sinne "bernational", daß auch Ausländer vieles daraus hätten übernehmen können. Wilms will deshalb wissen, wie es wirklich war. Trotz der vielen Gerüchte, die über die Entstehung des Grundgesetzes im Umlauf sind, wollte das vor ihm niemand so genau wissen. Im Nebel des Nichtwissens streitet es sich eben leichter als im kalten Licht des Wissens.

Nach wissenschaftlichen Maßstäben weit man, wie es war, wenn man das Werk gelesen hat. Von einem übermäßigen ausländischen Einfluß oder gar von einem heimlichen Oktroi kann keine Rede sein. Der Parlamentarische Rat hat ähnlich pragmatisch aus ausländischen

Erfahrungen zu lernen versucht wie die Paulskirchenversammlung 1848/49. Am deutlichsten orientiert sich ausgerechnet "die Krönung des Rechtsstaates", die Regelung der Verfassungsgerichtsbarkeit an einem ausländischen Vorbild, am US-Supreme Court (S. 166 ff.). Daß ausländische Regelungen letztlich nicht den Ausschlag gaben, ist auch politisch völlig plausibel. Der Parlamentarische Rat wollte mit dem Grundgesetz zugleich eine Wiederkehr des Nationalsozialismus verhindern. Wie man mit Verfassungsrecht künftige Diktaturen ausschließt, dafür konnte es keine ausländischen Vorbilder geben. Aus ausländischen Erfahrungen zu lernen, hält Wilms für so selbstverständlich, daß er an der Weimarer Nationalversammlung rügt, sie habe sich ausländischen Erfahrungen nicht weit genug geöffnet, und darin einen weiteren Grund für das Scheitern der Weimarer Republik sieht (S. 183 f.). Das ist ein neuer und bemerkenswerter Gesichtspunkt in der Diskussion um die Bewertung der Reichsverfassung von 1919.

Aber Wilms geht es nicht um Einzelheiten, sondern um die Überprüfung des historisch-politischen Pauschalurteils: "Das Grundgesetz hat Legitimationsdefizite". Er weiß, daß er sich damit auf politisches Glatteis begibt (S. 303 f.), und sichert sich entsprechend ab. Um die Wirksamkeit von Vorurteilen soweit wie möglich auszuschalten, faßt er den Einfluß-Begriff sehr weit und formal. Er versteht darunter alle Bezugnahmen auf ausländisches und internationales Recht bei den Beratungen des Grundgesetzes (S. 99). In dieser Perspektive erzählt er die Entstehungsgeschichte neu. Die Grobgliederung folgt der Chronologie: Vorgeschichte, Direktiven an die westdeutschen Ministerpräsidenten (Frankfurter Dokumente), Herrenchiemseer Verfassungsentwurf, Beratungen des Parlamentarischen Rates. Innerhalb dieser Abschnitte gliedert Wilms inhaltlich nach Verfassungsprinzipien, Organen, Institutionen und Grundrechten, aber nicht schematisch, sondern angepaßt an den Fortschritt der Beratungen. Die Beratungen wurden mehrfach durch Stellungnahmen der Alliierten unterbrochen, die natürlich chronologisch eingearbeitet werden mußten. Dieser Wechsel von der systematischen zur chronologischen Darstellung und zurück, entspricht der historischen Realität. Wilms ist das Kunststück gelungen, die Gliederung trotz des häufigen Standpunktwechsels durchsichtig zu halten.

Argumentativ versucht er unverkennbar, die Dokumente selbst sprechen zu lassen. Mit Bewertungen und politischen Einschätzungen hält er sich deutlich zurück. Er überläßt sie einer zusammenfassenden Schlußbetrachtung (S. 293 ff.), die bestätigt, was allerdings angesichts der bereits veröffentlichten Dokumente auch nicht ernsthaft bestritten worden ist. Die Alliierten wollten eine "Vollverfassung" nach dem Lehrbuch und jeden Anschein vermeiden, als sei das Grundgesetz ein Oktroi. Die deutschen Politiker wollten mit Rücksicht auf die deutsche Teilung ein Provisorium. Deshalb "Parlamentarischer Rat" statt "Verfassungsgebende Versammlung", "Grundgesetz" statt "Verfassung" und Annahme durch die Länderparlamente statt Volksabstimmung, wie sie die Alliierten wünschten. Die deutschen Politiker haben sich zunächst durchgesetzt, später aber alles getan, um das Grundgesetz zu einer "Vollverfassung" aufzuwerten. Wilms Ergebnis: "Hinsichtlich des Grundrechtskataloges und der Staatsorganisation gab es praktisch keine Interventionen. Sie fanden lediglich im föderalen Bereich statt und endeten dort bei der Frage der Steuern, der Finanzverwaltung und der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz in Kompromissen zwischen den Alliierten und dem Parlamentarischen Rat" (S. 305). Das Grundgesetz sei "eine gelungene Verarbeitung historischer Erfahrungen, deutscher und ausländischer, mit dem Ergebnis der endgültigen Integration in die Kultur des Westens" (S. 306). Der Rezensent sieht das genau so. Letzte Zweifel hat Wilms zerstreut.

Rechtsvergleicher wird das Buch uneingeschränkt erfreuen. Es zeigt, daß sich ihre Mühen lohnen, und es gewährt an einem bekannten Beispiel einen tiefen Einblick in die praktische Umsetzung ausländischer Erfahrungen. Der Diskussion um Legitimationsdefizite des Grundgesetzes müßte das Werk eigentlich eine neue Richtung geben. Leider ist das nicht wahrscheinlich. Wilms beweist, daß das Grundgesetz der deutschen Verfassungstradition und damit den tatsächlichen Grunderwartungen des Volkes entspricht. Die Kritiker des Grundgesetzes argumentieren dagegen formal und meinen, der Wille des Volkes könne sich nur in Wahlen und Abstimmungen ausdrücken. Für die Gesetzgebung ist das auch im Ansatz richtig, für die Verfassungsgebung aber nicht. Wahlen und Abstimmungen lösen nicht das Paradox auf, daß sich nur ein bereits verfaßtes Volk ein Verfassungsgesetz geben kann. In einer – um das Paradox aufzugreifen – demokratischen verfassungspolitischen Diskussion wiegen Stimmzettel indessen schwerer als Traditionen, weil sie über politische Macht entscheiden. Deshalb ist schwer abzuschätzen, was Heinrich Wilms Buch bewirken wird. Aber ob das Grundgesetz eine ausländische oder eine deutsche Verfassung ist, wird man von nun an anders diskutieren müssen.

Gerd Roellecke, Mannheim